

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verantwortlichkeit auf
Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und
Bestellung von Schabenerlag. Für unvollständig und durch Fern-
sprecher übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Ver-
antwortung. Unverlangt eingesandte und mit Rückporto
nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt.
Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags.
Hauptverleger: Dr. Josef Albert, Dresden

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-Albstadt 16, Holbeinstr. 48
Telefon 32722 / Postfach Dresden 14787

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Druck und Verlag:
Saxonia-Verlagsgesellschaft m. b. H.
Dresden-Albstadt 16, Holbeinstr. 48

Der Streit um die Reparationskonferenz

Frankreichs Antwort an England — Die Reichsregierung erklärt einen Aufruf gegen die Aufrührer-
bewegungen im Lande — Großzügige amerikanische Hilfsaktion für die Notleidenden Deutschlands

Die französischen Vorbehalte

London, 6. November. Der offizielle Text der
französischen Antwort ist gestern nachmittag hier eingetroffen.
Poincaré hat seine Vorbehalte darin wie folgt zusammengefasst:

1. Die Aufgabe des Sachverständigenausschusses besteht
lediglich in der Beurteilung der gegenwärtigen Leistungs-
fähigkeit Deutschlands.

2. Die Unabhängigkeit der Mitglieder des Ausschusses darf
nicht über diejenige der jetzigen Mitglieder der Reparationskom-
mission gehen.

3. Betont der französische Ministerpräsident, daß, falls sich
die Sachverständigen versammeln sollten, sie sich zu den wirt-
schaftlichen Abschlüssen im Ruhrgebiet zu äußern hätten.

Die britische Regierung dürfte wahrscheinlich heute zu-
sammenzutreten um zu dem französischen Standpunkte Stellung zu
nehmen. In Hand der Londoner Meldungen ist anzunehmen, daß
die Mitteilung des französischen Ministerpräsidenten der Reichs-
konferenz unterbreitet werden. Die englischen Minister wer-
den heute darüber beschließen, ob jetzt eine Einladung an die
vereinigten Staaten gerichtet werden soll oder nicht. Die Pariser Morgenblätter rechnen damit, daß
Lord Curzon seine diplomatische Offensive fallen lassen wird
und sein Einladungsstelegramm nach Washington
senden wird und ferner auf den Sachverständigenplan ver-
zichte. Im übrigen werde der englische Außenminister, so
heißt es in den verschiedenen Meldungen der Pariser Blätter
weiterhin, neue Versuche machen, die angelsächsische Welt gegen
Frankreich moralisch aufzuwiegen.

London, 6. November. Laut verschiedenen Londoner
Meldungen sind Lloyd George und Churchill in
Beziehungen getreten, um eine gemeinsame Politik ins Werk zu
setzen. Der frühere Premierminister wird nach seiner Rückkehr
der Regierung eine Erklärung abgeben.

Ein Abkommen zwischen England, Italien und Belgien

London, 6. November. Reuters berichtet aus Washington:
Mitteilungen, die im Staatsdepartement eingegangen sind, be-
deuten, daß Großbritannien, Italien und Belgien ein Abkommen
unterzeichnet haben, um die Verhandlungen über die Reparations-
konferenz zu unterstützen. Es versteht sich, daß sich diese Einigung
auf die Zahlungsfragen, die der geplante Sachverständigen-
ausschuss in der Reparationsfrage zu prüfen hat.

Ein Aufruf der Reichsregierung

An das deutsche Volk.

Die schwerste Lage drohen dem Reich innere Er-
schütterungen. Gleichwohl, wenn auch nicht zahlenmäßig
hätte die Reichsregierung, gestützt auf die Notlage unseres Volkes,
einen ungeheuren Druck auf die Staatsgewalt auszuüben und
vielleicht sogar die Brandstiftung eines Kampfes Deutscher ge-
gen Deutsche in das deutsche Haus zu werfen.

Die Reichsregierung ist entschlossen, solchen
Versuchungen mit äußerster Energie und mit
ganzer Kraft entgegenzutreten und wird alle
hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen!
Wenn wir über die Zeit des Ueberganges zu einer neuen wert-
behafteten Währung, wenn wir über die Zeit schwerster Arbeits-
und Erwerbslosigkeit, schwieriger Wirtschaftsverhältnisse und
unerhörten außenpolitischen Drucks hinwegkommen wollen, dann
ist Voraussetzung dafür die

Erhaltung der Reichseinheit

und der Ordnung und Sicherheit im Innern.

Jede Verletzung unserer außenpolitischen Lage ist wie
wir wissen, davon abhängig, daß diejenigen Völker und führen-
den Persönlichkeiten, die Deutschland unerträgliche Notlage er-
kannt haben und Deutschland helfen wollen, nicht am deut-
schen Volke verzweifeln, wenn sie sehen, daß es sich
in einer solchen Zeit gegenständig zerfleischt. Bedenkt
auch, wie eine solche Zerfleischung im Innern auf unsere Brüder
an Ruhr und Rhein wirken müßte, die im schwersten
Kampfe gegen bezahlte bewaffnete separatistische Parteien für
Deutschum verteidigen. Sie haben das Recht, zu erwarten, daß
das ganze deutsche Volk ihren Kampf mit führt und daß
nicht im Innern des Reiches Deutsche gegen Deutsche
Kämpfe, ohne ein Ziel, basierend auf eine Auslöschung
auf Wasser geben! Sei man sich auch darüber klar,
daß jede Wägung, außenpolitisch überhaupt etwas zu erreichen,
mit dem Augenblick endgültig gescheitert ist, in dem an Stelle
einer verfassungsmäßigen Regierung irgendeine ungesetzliche
Macht Deutschland nach außen hin zu vertreten suchen wird!

Die deutsche Regierung besitzt die Machtmittel,
um jedem Versuch mit Erfolg zu begegnen und
die Verfassung des Reiches zu schützen!

Die Reichswehr und die Schutzpolizei werden, getreu
ihrem Eide, ihre Pflicht tun! Die Reichsregierung vertraut fest
darauf, daß, wenn ihr der Kampf gegen ihren Wunsch und
Willen aufgezwungen werden sollte, das gesamte deutsche
Volk geschlossen für Ordnung und Freiheit des
Deutschen Reiches eintreten wird!

Berlin, 5. November 1923.

Die Reichsregierung:

Dr. Dr. Stresemann.

Der Reichspräsident: Gen. Ebert.

Eine Verordnung des Reichswehrministers

Berlin, 6. November. Der Reichswehrminister
hat folgende Verordnung erlassen: Durch die Verordnung des
Herrn Reichspräsidenten vom 26. September 1923 sind der Reichs-
wehr Aufgaben übertragen worden, die mehr als bisher das In-
teresse der Öffentlichkeit auf sie gelenkt haben. In sachlicher
Form Kritik am Verhalten der Reichswehr zu üben, soll nieman-
dem verwehrt werden. Ich kann aber nicht gestatten, daß das
letzte Machtmittel des Staates durch Beschimpfungen
oder falsche und irreführende Darstellungen
seines Verhaltens in der Öffentlichkeit herabgewürdigt
wird. Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten
vom 26. September verbiete ich daher alle öffentlichen
Beschimpfungen der Reichswehr, sowie die öffentliche Verbreitung
von unmaßvollen Nachrichten, die geeignet sind, ihr Ansehen in der
öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Zuwiderhandlungen wer-
den nach § 4 der Verordnung vom 26. September 1923 bestraft.
Die Zeitungen, die solche Beschimpfungen oder Nachrichten ent-
halten, sind von den zuständigen Inhabern der betreffenden Ge-
werkschaft auf mindestens drei Tage zu verbieten. Diese Verordnung
tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Gen. Dr. Geßler.

Berliner Kurse im Zahlungsverkehr

Berlin, 6. November. Der Reichspräsident hat am 5. No-
vember 1923 auf Grund des Artikels 43 der Verfassung des deut-
schen Reiches folgende Verordnung erlassen:

§ 1: Bei vertraglichen Verpflichtungen, die nach einem
außerordentlichen Kurse der Mark bemessen sind, kann die
Erfüllung während der Geltungsdauer dieser Verord-
nung verweigert werden, sofern der Forderungsberechtigte
die Annahme der Leistung auf der Grundlage des Berliner
Kurses der Mark ablehnt.

§ 2: Die Reichsregierung bestimmt den Zeitpunkt des
Außerkraftwerdens dieser Verordnung.

§ 3: Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.
Als Verkündung gilt die Verbreitung durch das Reichliche Tele-
graphenbüro und die Veröffentlichung in der Presse.

Berlin, 6. November. Zur Vorbereitung der Festlegung
eines gesicherten Umtauschungsverhältnisses für die Pa-
piermark in Goldmark wird der Reichspräsident eine Ver-
ordnung erlassen, wonach jeder Verkäufer der Marke in Gold
oder Goldmarken berechnung, verpflichtet ist, Papiermark
nach dem amtlichen Umtauschkurs der Berliner Börse anzu-
nehmen. Der Plan für die Sicherung des festen Umtausch-
verhältnisses durch Einlösbarkeit der Papiermark in einem
wertbehafteten Wert liegt dem Reichskabinett zur Beschlußfassung
vor.

Die Haltung der Börse

Berlin, 6. November. In denjenigen Anstalten, die
an den die deutsche Mark überhaupt noch gehandelt und
notiert wird, ist heute eine weitere scharfe Rückhaltung der
Kurse eingetreten. Heutzutage trägt man sich auch in Prag mit
dem Gedanken, die Reichsmark nicht mehr notieren zu
lassen, was angesichts der lebhaften Handelsbeziehungen
mit der Tschechoslowakei von verheerender Wirkung sein wird. In
Berlin gehen die Börsenleute über eine eventuelle
Schließung der Börse weiter. Das Handelsministerium
scheint gegen eine solche Maßnahme zu sein, andererseits ist aber
auch zu bemerken, daß am Devisen- wie am Effektenmarkt zu-
erst jede Orientierung fehlt. Der Börsenstand der
Berliner Börse wird heute darüber berichtet, ob diese ver-
dinglich geschlossen werden soll. In Berliner Vereinstreffen man
eher für ein Weiterarbeiten. Für die Bewertung der
Goldmarken stellt die Tatsache schwer in Gewicht, daß die
Reichsregierung unermesslich Goldmarken im Betrag von
200 Millionen ausgibt, und daß andererseits die Goldmarken-
käufer genötigt werden sollen, sofort einzulösen zu lassen. In-
folge dieser Maßnahmen hat die Nachfrage sehr nachgelassen.
Die heute nicht bekanntgegebene Verordnung des Reichspräsidenten,
wonach für alle Verträge und Abrechnungen der Berliner
Markkurs gelten soll, wird in diesem Zusammenhang als
Reaktion dafür angesehen, daß auch an den amtlichen Stellen voll-
kommen eine Notlosigkeit herrscht. Wenn der amtliche Ver-
kaufskurs mit 420 Milliarden beibehalten wird, so ergeben sich so-
wohl für den Waren- und Lebensmittelmittelmarkt wie auch für die
Effektenbörse Preise und Kurse in Goldmark, die weit über denen
der Friedenskurse liegen. Man ist deshalb der Meinung, daß
es der Reichsbank nicht mehr möglich sein wird, diesen Toll-
kurs aufrechtzuerhalten.

Die amerikanische Hilfsaktion für Deutschland

Washington, 6. November. (Trahtbericht.) Das Staats-
departement teilt gestern mit, es rechnet in wenigen Tagen damit,
daß es seine Erlaubnis zur Verwirklichung einer Hilfsaktion
für Deutschland zugunsten der notleidenden Bevölkerung
unverzüglich auf die förmliche Anweisung hin erteilen werde.
Diese Mitteilung erfolgte ohne jede weiteren Erklärungen. Doch
wird in Fachkreisen angenommen, daß die amerikanische Regierung
bereits seit einiger Zeit die Lage in Deutschland genau
verfolgt und man sei von der Notwendigkeit des Hilfswerkes
überzeugt, da Deutschland seit einer Katastrophe im
kommenden Winter kaum überleben könne. In zu-
künftigen Krisen erwartet man, daß Staatssekretär Hughes
mit der Organisation des Hilfswerkes betraut werden soll, und
daß er es nach demselben Plan vorbereiten werde wie seinerzeit die
Hilfsaktion für Rußland. Amerika werde Kredite für den
Einkauf von Getreide vorstrecken und auch weiter-

Papiermark und wertbehaftetes Zahlungsmittel

Von den wirtschaftlichen Notmaßnahmen, die unter dem
Einbruch eines Billionenkurses für den Dollar am letzten Tage
der verflochtenen Woche auf die Wirtschaft niederschlugen, ist
jetzt der Schaffung eines festen Umtauschungsverhältnisses zwischen
der Papiermark und den wertbehafteten Zahlungsmitteln die
bedeutendste.

Nach allem, was wir mit der Goldmarkenleihe erlebt haben
und bei dem chaotischen Wirrwarr, in das wir jetzt geraten sind,
ist dieser Ausweg der zurecht einzig mögliche. Die rasche, ge-
radezu plötzliche Umstellung von der Papiermark auf die wert-
behafteten Zahlungsmittel, die zu einem förmlichen Beitritt
aus der Mark führte, ist die Hauptursache für den jetzigen
Nerfall. Wenn man die Geschäfte bei den Banken seit einigen
Wochen beobachtet, so sah man im Grunde nichts anderes, als
ein Hoffweises, aber mit großer Wucht geführtes Hindernis
der Papiergeldkapitalien durch alle möglichen bank- und bör-
senmäßigen Gruppen. Was schließlich mit der Goldmarkenleihe ge-
schah, war eine geradezu frivole Spekulation, wie sie in diesem
Lande bisher noch nicht erlebt worden ist. Diese Spekulation
wurde gefördert durch die ungläubliche Kreditpolitik der Reichs-
bank gegenüber diesen Geschäften, wogegen der Stand mit
den Papiermarkkrediten während des Ruhrkampfes noch ein Kinder-
spiel ist. So kam es, daß die Goldmarkenleihe, die Zahlungsmittel
hatte sein sollen, zu einem Spekulationsobjekt ersten Ranges
gemacht wurde.

Um wenigstens die teilweise nicht wieder zu reparierenden
Schäden gützuzumachen, hat man sich entschlossen, die Mark an
die Kette zu legen. Das soll geschehen durch die Aufstellung
eines festen Umtauschungsverhältnisses zwischen der Papiermark
und einem wertbehafteten Titel, und zwar dürfte im vorlie-
genden Falle nur die Goldmarkenleihe in Frage kommen, da wir
über andere wertbehaftete Zahlungsmittel noch nicht verfügen.
Es ist nicht zu verkennen, daß ein solcher Schritt sehr erhe-
bliche Gefahren in sich birgt. So werden erhöht dadurch, daß die
mit 500 Millionen Goldmark begrenzte Goldmarkenleihe um weitere
300 Goldmarken vergrößert wird, die allerdings nur als Reichs-
gebundene wertbehafteten Geldes dienen sollen. Dies ist aber
der Anfang einer Inflation der Goldmarkenleihe gemacht. Auch
diese Maßnahme kann nur als ein Verzweiflungsschritt ange-
sehen werden, der, sobald wieder einigermaßen Verbilligung auf
goldmarkenleihe oder in großen Stück zu Deckung des auszu-
dem Goldmarken eingetretene ist, ohne viel Aufhebens rückgängig ge-
macht werden sollte. Man würde sonst das Chaos nur noch ver-
größern, und die daraus sich ergebenden Schwierigkeiten nur
noch verschlimmern. Man muß weiter darauf hinwirken, daß
durch eine solche Vermehrung der Goldmarkenleihe die Deckung
für die kommende Rentenmark entsprechend verringert wird. Auch
hier sehen wir gefährlichen Anfängen gegenüber, denen unbedingt
gewehrt werden muß, sonst haben wir eine Inflation der
Rentenmark, noch ehe sie ins Leben tritt. Und dann müßte der
mit der Ausgabe der Rentenmark abgebrochene Rotenbrud auf
Umwegen wieder aufleben, und wir würden mit der Rentenmark
basierende Schauspiel wie mit der Papiermark erleben, nur daß
sich der Verwundungsprozess in noch fürchterlichem Tempo voll-
ziehen würde, als wie das bei der Papiermark der Fall war.

Die Papiermark ist tot! Daran ist kein Zweifel. Und
jetzt muß etwas gefehlt, um wenigstens für eine geraume Zeit
noch eine „schöne Leiche“ zu präsentieren. Das Ende der Papier-
mark ist nicht nur für Deutschland, sondern auch für das Ausland
gegeben. Neupost stellt die Notizen des Markkurses fest ein.
Da wir für geraume Zeit über andere geeignete Zahlungs-
mittel nicht verfügen, und da eine Entwertung der Papiermark
von ihrem Charakter als annahmepflichtiges Zahlungsmittel zu
den schwersten wirtschaftlichen und sozialen Nachwirkungen füh-
ren würde, muß dieser Leichnam eben galvanisiert werden. Das
ist um so nötiger, weil ohnehin fast schon die Papiermark nur
willkürlich angenommen wird, und weil bei einem weiteren
Einsetzen die Massen verhungern, da sie sich nichts mehr kaufen
können.

Wenn jetzt eine Relation, ein Wertverhältnis zwischen Pa-
piermark und wertbehafteten Zahlungsmitteln gemacht wird, so
geschieht das dadurch, daß ein bestimmtes Quantum Papiermark
gleichgestellt wird einer Teilmark in wertbehafteten Zahlungs-
mittel. Damit ist allerdings erreicht, daß die Mark nicht mehr
weiterläuft, denn für eine Goldmark wird man nicht mehr,
aber auch nicht weniger an Papiermark bekommen, als dieses
genau festgesetzte Wertverhältnis besagt. Damit wird das
Zerfallene in die Höhe der Mark aufgehoben, ja, es ist vielmehr
damit zu rechnen, daß eine Spekulation nach der umgekehrten
Seite eintritt. Dafür sind Beispiele in anderen Ländern reichlich
vorhanden. Es wird aber vor allem das Spekulationsmittel der
Goldmarkenleihe aufgehoben, denn es hat dann keinen Sinn mehr, sie
im Hause zu verschließen, sondern sie muß ihrem Zweck als
Zahlungs- und Umlaufmittel zugeführt werden. Weran wir
ja tranken in unserer Wirtschaft ist die Wäskere und der Mangel
an Geld. Mit ein paar hundert Millionen Goldmark kann
unser ganzer Papiergeldumsatz im In- und Ausland aufgekaut
werden. Was das heißt, geht daraus hervor, daß zu Friedens-
zeiten der Umlauf an Goldmark in die Milliarden ging. Schon
mit den ausgegebenen Goldmarkenmengen hätte es möglich sein
müssen, den Zahlungsverkehr zu beleben. Aber das unglückliche
Dampfern hat Wirtschaft und Staat in eine so unglückliche Lage ge-
bracht. Wird durch ein festes Umtauschungsverhältnis zwischen
Papiermark und wertbehafteten Zahlungsmitteln eine sichere
Grundlage geschaffen, wird demnach vor allem die dringend
nötige Umorganisation unserer Wirtschaft erfolgen können, dann
wird sich bald herausstellen, daß die ausgegebenen wertbehafteten
Zahlungsmittel dem tatsächlichen Bedarf vollständig genügen.

Ein Mittel für die Beschaffung von Medikamenten, Be-
bensmitteln, Kleidern und andern, die von
den Angestellten der amerikanischen Missionen im Einver-
nehmen mit der deutschen Regierung zur Verteilung kommen.
Eine offizielle Einladung der amerikanischen Hilfsaktion wird
in den nächsten Tagen erfolgen.